Dringender Appell an den Sicherheitsrat wegen West-Sahara-Referendum

In neun europäischen Ländern haben sich Komitees zur Unterstützung eines freien und und rechtmässigen Referendums in der West-Sahara gebildet, die sich in Genf zum Zweck der Koordination ihrer Bemühungen getroffen haben. Dabei wurde ein dringender Appell an den Sicherheitsrat verfasst und gleichentags den Mitgliedern des Sicherheitsrates übermittelt.

Von Maja Wicki

Vertreterinnen und Vertreter aus neun europäischen Ländern versammelten sich in Genf, um im Namen der nationalen Unterstützungskomitees für ein freies und rechtmässiges Referendum in der West-Sahara mit einem Appell an den Sicherheitsrat zu gelangen. Sie halten in diesem Appell ihre tiefe Besorgnis über die Gefährdung des in der UNO-Resolution 690 beschlossenen Friedensplans fest. Sie fordern den Sicherheitsrat auf, verstärkten Druck auf die UNO und insbesondere auf Marokko auszuüben, notfalls durch die Verhängung entsprechender Massnahmen, damit die Saharaouis in ihr Land zurückkehren können, damit sie Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen können, damit die noch immer in marokkanischen Gefängnissen festgehaltenen und verschwundenen Personen zu ihren Familien zurückkehren können. Auch wiederholen sie ihr Gesuch, ohne weitere Verzögerung unabhängige Beobachter und Beobachterinnen in das von Marokko mit Polizei- und Militärkräften abgeriegelte und kontrollierte Gebiet entsenden zu können. Sie geben ihrer Befürchtung Ausdruck, dass, selbst wenn das Referendum stattfinden wird, dieses durch die marokkanischen

Massnahmen zu einer Farce verkommt, nicht nur zu Lasten des saharaouischen Volkes, sondern auch zu Lasten der Galubwürdigkeit der UNO.

Ein Ende der Waffenstillstands- und Menschenrechtsverletzungen gefordert

Nicht nur, dass Marokko allein seit Anfang Oktober neunzehnmal das am 6.September beschlossene Waffenstillsstandsabkommen verletzt hat, dass es die Rückkehr und Registrierung der Saharaouis in ihr Land mit stärksten Repressalien verhindert, dass willkürliche Inhaftierungen und Folter von Frauen und Männern an der Tagesordnung sind, ebenso massiv werden die Überwachungsarbeiten der UNO-Kräfte behindert, werden die Wahlvorbereitungen durch Verschiebungen grosser Bevölkerungseinheiten aus dem nördlichen Marokko in die Wast-Sahara gefälscht und wird die freie Information, die Versammlungs- und Redefreiheit in diesem ganzen Bereich unterdrückt.
Alle Rechtsgrundsätze werden mit Füssen getreten, und die Welt schweigt dazu. Die Vertreterinnen und Vertreter der nationalen Unterstützungskomitees haben daher beschlossen, fortan ihre Anstrengungen noch stärker zu koordinieren und sich Anfang Dezember zu einer weiteren Arbeitskonferenz in Las Palmas, in grösstmöglicher Nähe zur West-Sahara, erneut zu treffen.